

**Bezugspreis:**  
Vierteljährlich 1,20 M., monatlich 20 Pf.,  
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-  
bezug: Monatlich 20 Pf., einjährig 2,40 M.,  
Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für  
Deutschland, Danzig, das Saar- und  
Rheinland, sowie die ehemals deut-  
schen Gebiete Polens, Oesterreich-  
Ungarn und Jugoslawien 2,40 M., für  
das übrige Ausland 3,00 M. Post-  
bestellungen nehmen an Oesterreich,  
Ungarn, Litauen, Estland, Dänemark,  
Polen, Holland, Luxemburg, Schweden  
und die Schweiz.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-  
haltungsbeilage „Sonnenschein“ und der  
Beilage „Erziehung und Richtigkeiten“  
erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags  
und Montags einmal.  
Telegraphen-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

NO Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Redaktion Morinplatz 15195-97  
Expedition Morinplatz 11753-54

Freitag, den 17. Februar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Interaten-  
Abteilung Morinplatz 11753-54

**Anzeigenpreis:**  
Die Jahrgangspostkarte „Kampfbilder“  
kostenlos. Die „Kampfbilder“  
das festgedruckte Wort 2.- M. (für  
1000) (für zwei festgedruckte Worte) jeder-  
weitere Wort 1,50 M. Stellengeld-  
und Schlusszeilenanfragen das zeh-  
nte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort  
1.- M. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Familien-An-  
zeigen für Abonnenten Seite 4.- M.  
Die Preise verstehen sich einschließlich  
Zustellungsgebühr.  
Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 4. Uhr nachmittags im  
Vorausgeschickt werden. Ein-  
druckstraße 3, abgeben werden. Geöffnet  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

## Reparationsdebatte in Frankreich.

Paris, 17. Februar. (WZ.) In der gestrigen Kammer-  
sitzung wurde die Aussprache über das Finanzgesetz betreffend die  
Ausgaben begonnen, die Deutschland nach dem Friedens-  
vertrag von Versailles zur Last fallen. Der Berichterstatter  
Abgeordneter Gmond führte aus, am 1. Januar 1922 habe  
Frankreich für das Konto Deutschlands 80 Milliarden Franks vor-  
geschlagen, 45 Milliarden für Reparationen, das heißt für Sachschäden,  
25 Milliarden für die an Personen zu zahlenden Entschädigungs-  
summen und 10 Milliarden als Zinsen für abgeschlossene Anleihen.  
Für das Budget im Jahre 1922 komme noch die Summe von  
10 577 Millionen Franks hinzu. Der Friedensvertrag, der eine ge-  
rechte Entschädigung vorsehe, habe in San Remo, Boulogne,  
Paris und London Abänderungen erfahren, die das glückliche Er-  
gebnis beeinträchtigt hätten. Frankreich werde

direkten, sondern auch die indirekten, die Provinzial- und Kommunal-  
steuern zum Vergleich heranziehen.  
Abgeordneter Loucheur unterstützte die Erklärungen Poincarés  
und wies auf die durch den Beschleus entstandenen Schwierig-  
keiten hin.  
Abgeordneter Groussau verwahrte sich zum Schluß seiner Rede  
dagegen, daß Frankreich, wenn es seine gerechten Forderungen ver-  
folge und seine Sicherheit gewährleisten wolle, des Imperialismus  
und Militarismus bezichtigt werde. Wenn die Alliierten nicht die  
1918 feierlich verkündete Solidarität für den Wiederaufbau wahrten,  
sei eine Katastrophe unvermeidlich.  
Darauf wurde die Weiterberatung auf morgen nachmittag ver-  
tragt. An erster Stelle soll jedoch die Interpellation des Abgeordneten  
Bouteille über die Zwischenfälle in Oberschlesien er-  
ledigt werden.

nur 80 Milliarden Goldmark

on Stelle der zu zahlenden 136 erhalten. Redner wiederholte als-  
dann die bekannten Bemerkungen gegen die deutsche Regierung, besprach  
darauf die kürzlichen Vorschläge der deutschen Regierung zur Sa-  
nierung ihrer Finanzen und betonte zum Schluß, jedes Zugeständnis,  
das man Deutschland mache, jeder Vorteil, den man ihm bewillige,  
jede Verlängerung der Zahlungsfrist, die man ihm gewähre, hätten  
zur unmittelbaren und unvermeidlichen Folge, dem französischen  
Staatshaushalt neue Lasten aufzuerlegen, die er nur schwer tragen  
könne. Gewähre man Deutschland Erleichterungen, so überlaste man  
Frankreich. Der Berichterstatter verlangte schließlich eine

### Englisch-französische Gegensätze.

Paris, 17. Februar. (EP.) Der „Welt Paris“ schreibt:  
Die Verhandlungen der Reparationskommission über die deutschen  
Reparationsleistungen für 1922 haben noch nicht offiziell begonnen.  
Man wartet zu diesem Zwecke endgültig die Zustimmung der eng-  
lischen Regierung ab. Es scheint aber jetzt schon, daß die Verhand-  
lungen von vorn angefangen werden müssen, d. h. daß die Be-  
schlüsse von Cannes in keiner Weise verbindlich  
sein werden. Was die Höhe des Betrages anbelangt, wird man  
französischerseits versuchen, einen höheren Betrag  
als 720 Millionen Goldmark herauszuholen, während England  
diesen Betrag auf 500 Millionen Goldmark herab-  
setzen will.

Internationale finanzielle Solidarität.  
Abgeordneter Groussau als Vorsitzender des Ausschusses für die  
befreiten Gebiete wies besonders auf die Tätigkeit der Reparations-  
kommission und auf die Machtbefugnisse hin, die ihr der Friedens-  
vertrag zuerkannt habe.

Ministerpräsident Poincaré unterbrach den Redner mit der Er-  
klärung, die Reparationskommission habe Ursache gehabt,  
unzufrieden zu sein, sie habe sich fortgesetzt an die Regierungen  
wenden müssen, von nun an aber werde sie ihre Machtbefugnisse  
wieder besitzen. Er habe die Befriedigung, nach dieser Richtung hin  
sich in vollstem Einvernehmen mit den Alliierten zu befinden.

Abgeordneter Groussau behauptete, Deutschland könne zahlen.  
Er bestände in der Meinung, die Regierung zu ihrem Entschluß, die vollständige  
Ausführung des Friedensvertrages zu erzwingen.

Ministerpräsident Poincaré erklärte in einer Zwischenbemerkung,  
die deutsche Regierung beabsichtige, eine Zwangsanleihe auf-  
zulegen, deren Ergebnis nicht so ergiebig sein werde, wie man ge-  
hofft habe, weil der Reichstag sich gewicert habe, gewisse Bestim-  
mungen aufzunehmen.

Die Reparationskommission müsse also handeln.  
Poincaré behauptete, es sei vollkommen unrichtig, zu sagen, daß der  
deutsche Steuerzahler schwerere Lasten tragen als der französische.  
Tatsächlich müsse man, um dies feststellen zu können, nicht nur die

Auch über die Garantien bestehen Meinungsverschieden-  
heiten. Von verschiedenen Seiten wird erklärt, daß die in Cannes  
vorgesehenen Garantien der Reparationskommission einen Grad von  
Selbständigkeit verleihen würden, der der Autokrat der Repara-  
tionskommission Schaden könnte. Engländerseits erklärt man, daß  
eine zu strenge Kontrolle die Bewegungen des Kabinetts  
Wirkung hindern würde.

### Reparationskommission und Kapitalflucht.

London, 17. Februar. (WZ.) Im Unterhause erklärte Schat-  
kanzler Sir Robert Horne in Beantwortung einer Anfrage, daß  
die Reparationskommission nach den Verträgen von Ver-  
sailles und St. Germain keine Macht besitze, der Abwan-  
derung von Kapital aus Deutschland und Oesterreich Einhalt zu  
tun. Der Umfang, bis zu welchem es sich vielleicht wünschenswert  
und möglich erweisen werde, die Ausfuhr von Kapital aus Deutsch-  
land zu kontrollieren, werde zweifellos im Zusammenhang mit dem  
Erfolgen der deutschen Regierung um eine teilweise Erleichterung der  
Reparationszahlungen für 1922 erwoogen werden. Was Oesterreich  
betrafte, so erwähnte er, daß die österreichische Regierung selbst versucht  
habe, die Kapitalausfuhr einer gesetzlichen Kontrolle zu unterwerfen.

### Die deutsch-polnische Konferenz.

Die Arbeiten der deutsch-polnischen Konferenz in Genf voll-  
ziehen sich in diesen Tagen vornehmlich in den Unterausschüssen.  
Der erste Unterausschuss unter der Leitung des Staatssekretärs A. D.  
Lewald, dessen Arbeiten noch geraume Zeit in Anspruch nehmen  
dürften, befahte sich vor allem mit dem staatsbürgerlichen Recht der  
Minderheiten. Die deutsche Abordnung geht dabei  
von den liberalsten Gesichtspunkten aus. Sie erstrebt  
den weitestgehenden Schutz der Minderheiten und ist bereit, alle  
Rechte, die sie für die Deutschen in Ost- und Oberschlesien zu erringen  
sucht, in weitestem Umfang auch den Polen in Deutsch-Ober-  
schlesien zu gewähren.

Der zweite Unterausschuss, der auf deutscher Seite von Reichs-  
minister A. D. Dr. Simons geleitet wird, und der die Zuständigkeit  
und das Verfahren der Kommission des Schieds-  
gerichtshofes festzustellen hat, wird in den nächsten Tagen noch  
mit den notwendigen Vorarbeiten beschäftigt sein, das heißt, das  
Material aus den familiären Unterausschüssen durcharbeiten, um  
überhaupt zunächst festzustellen, welche Streitigkeiten aus dem künf-  
tigen Abkommen entstehen können; erst dann wird es möglich sein,  
die Zuständigkeit dieser neuen Organe abzugrenzen und ihr Ver-  
fahren auszuarbeiten.

Der siebente Unterausschuss, an dem auch Vertreter des  
Internationalen Arbeitsamts teilnehmen, rechnet in  
den nächsten Tagen bereits auf die Mitarbeit von deutschen und pol-  
nischen Gewerkschaftsvertretern, die auf Grund gemeinsamer Ver-  
einbarungen herangezogen werden sollen. Von polnischer Seite sind  
Rot von der polnischen Berufsvereinigung, und Caspar von pol-  
nischen Zentralverband, von deutscher Seite Graßmann vom  
Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und Kaiser vom Ge-  
samtsverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands angekündigt  
worden.

Die Unterausschüsse, deren Arbeiten bereits abgeschlossen sind,  
redigieren gegenwärtig die Gesamtbeschlüsse, und zwar in französischer  
Sprache.

### Entlastung der Rheinlande.

Wie amtlich bekanntgegeben wird, werden die amerikani-  
schen Besatzungstruppen in Deutschland unregelmäßig um  
203 Offiziere und 3000 Mann verringert. Es bleiben dann nur  
noch 169 Offiziere und 2217 Mann zurück.

### Vive le „Freistaat“.

Korrespondenz WZ teilt mit: Nach einer Verordnung des  
französischen Oberkommissars Petisné ist die Einfuhrung und  
Veröffentlichung sowie der Verkauf folgender Zeitungschriften für  
Nemal verboten worden: „Simplissimus“, „Schwarze  
Schande“ und „Vaterland“.

### Frankreich und Rußland.

Paris, 17. Februar. (WZ.) „Echo National“ führt das Ge-  
richt, es seien Verhandlungen zwischen der französischen Regierung  
und den Sowjets eingeleitet worden, um zu einem besonderen Ab-  
kommen zu gelangen, daraus zurück, daß Krassin nach Paris  
habe kommen wollen, um ein Abkommen mit dem französi-  
schen Roten Kreuz, das in London getroffen worden sei, zu  
unterzeichnen. Dies sei ihm verweigert worden.

### Fortdauernde Effektenhaufe.

Das Geschäft am Berliner Devisenmarkt hat sich  
etwas belebt. Insbesondere ist der Getreidegroßhandel mit  
bedeutenden Käufen ausländischer Zahlungsmittel hervorge-  
treten. Der Dollar bewegte sich zwischen 201 und 202. An  
der Effektenbörse dauert die Hausse an. Sie erstreckt  
sich in der Hauptsache auf Montan-, chemische und Petroleum-  
werte. Besonders begehrt sind auch Aktien des Stinnes-  
Konzerns.

## Um die Zwangsanleihe.

Wir geben diese Anregungen eines Fachmannes  
wieder, ohne uns auf alle sachlichen Einzelheiten fest-  
zulegen. Red. d. „Vorwärts“.

Das eifrige Werben der Deutschen Volkspartei um ihren  
Eintritt in die Regierung erklärt sich nicht nur aus den außer-  
politischen Rücksichten, die so oft vorgeschützt werden, es ent-  
spricht vielmehr der großen Sehnsucht nach einer anderen Füh-  
rung der ihr zu sehr links gerichteten Politik des Reiches. In  
dem neuen Steuerkompromiß, das die Volksparteier an-  
nahmen, solange sie Aussichten auf einen Regierungseintritt  
hatten, das sie aber kündigten, als diese Hoffnung zu zer-  
rinnen begann, ist die von unseren Genossen durchgeführte  
Zwangsanleihe der Punkt, gegen den sich der Widerstand der  
Bestehenden richtete. Nicht nur außerhalb der Regierung —  
Parlamentarier von der Prinzipienfestigkeit eines Gothein  
haben darüber keinen Zweifel gelassen, — auch innerhalb  
der Regierung gehen Strömungen, die letzten Endes darauf  
hinauslaufen, die Zwangsanleihe ähnlich wie seinerzeit das  
Reichsnotopfer dadurch zu entwerten, daß man seine praktische  
Durchführung verschleppt oder verweigert. Das „große“ Opfer  
des Bestehenden verlangt seinen Gegenwert darin, daß man es  
aus der Welt schafft. Das ist das Rezept der Stinnes-Beute,  
die für eine „Kredithilfe“ die Eisenbahnen schlucken wollten.

Die Absicht, die uns bei unserer ursprünglichen  
Forderung nach einer Goldanleihe leitete, nachdem die  
Möglichkeit einer Erfassung der Sachwerte bei der  
gegenwärtigen politischen Lage stark zusammengeschrumpft  
war, war die Deckung des Extraordinariums,  
insbesondere des Reparationsetats, auf dem An-  
leihewege. Da die „Erwerbsstände“, d. h. die  
Sachwertbesitzer, sich feierlich bereit erklärt hatten, für  
das Reich eine Anleihe aufzunehmen, die Verzinsung und Til-  
gung von sich heraus zu tragen und eine Berechnung erst  
später vorzunehmen, wollte die Sozialdemokratie diesem Mittel  
zustimmen: Eine Belastung der Sachwerte auf dem  
denkbar vorsichtigsten und schonendsten Wege,  
den die Sachwertbesitzer selbst gewiesen hätten. Es sollte also  
eine Anleihe aufgelegt werden, zu verzinsen und zu tilgen  
durch die Leistungsfähigsten der deutschen Wirtschaft; sie sollte  
den Reparationsbedarf zunächst für 1922 decken, und da die  
deutschen Reparationsleistungen in Goldmark zu erfolgen haben,  
sollte sie auf Goldmark lauten. Ein solches Papier, das  
nach dem jeweiligen Kurse der Mark zu verzinsen und zu  
tilgen gewesen wäre, hätte den Sachwertbesitzern ein starkes  
Interesse daran vermittelt, daß der Kurs der Papiermark sich  
einmal wieder nach oben bewegt — und ein solches Interesse  
brauchen wir. Wenn die Wirtschaft einmal beim Sinken der  
Mark mehr, beim Steigen weniger Papiermark zu zahlen hat,  
ist ein starker Hebel gegen das „Draußenlassen der Devisen“  
geschaffen. Auch währungspolitisch hätte eine solche Gold-  
anleihe ihr Gutes gehabt. Ein deutsches Goldpapier — die Gold-  
mark etwa zu berechnen und zu verzinsen nach dem Durch-  
schnitt von 1/2 Dollar und 1/2 engl. Pfund — konnte an die  
Stelle der bedenklichen Einfuhr fremder Zahlungsmittel treten,  
die jetzt sogar im Inland zu Zahlungen verwendet werden, es  
hätte auf die deutsche Wafuta schonend und stärkend wirken  
können.

Die Weisen der bürgerlichen Parteien wußten es besser  
und brachten von sich aus den Vorschlag einer  
richtigen Zwangsanleihe. Diese sollte in Höhe von  
einer Milliarde Gold aufgelegt, den Bestehenden aufgezwungen  
und von ihnen eine Reihe von Jahren gar nicht, hernach nur  
schwach (etwa mit 2 1/2 Proz.) verzinst werden.

Die Zwangsanleihe ist für den Besitz eine  
schwerere Last als eine frei aufzulegende,  
gut verzinsliche Goldanleihe gleichen Be-  
trages. Die letztere hätte den Ertrag belastet, die  
Zwangsanleihe geht an den Besitz selber. Sie ergreift  
zweifelslos in vielen Fällen das Betriebskapital. Wenn aber  
die Interessensvertreter des Kapitals des selber anbie-  
ten, wie hätten unsere Unterhändler diese immerhin schwerere  
Last für den Besitz ablehnen sollen?

Die bürgerlichen Blätter berechnen den Gegenwartswert  
der Zwangsanleihe auf bestenfalls 30 Proz. ihres Nennwertes.  
Nimmt man den Papierwert der Anleihe auf 50 Milliarden  
an, so ist die neue Belastung immerhin so, daß im Augen-  
blick der Zahlung an das Reich 70 Proz., also 35 Milliarden  
Papiermark, umsonst gegeben sind, und die Reichsnotopfer-  
zuschläge zur Vermögenssteuer gehen doneben ein. Sach-  
lich bedeutet das mindestens eine als baldige  
Wiederholung des Reichsnotopfers für das  
eine Jahr 1922. Es handelt sich nur darum, dafür zu  
sorgen, daß die Sache wirklich gemacht wird, und zwar so,  
daß der wirkliche Leistungsfähige Besitz sich nicht  
und sicher getroffen wird.

Die Gefahren, daß die Zwangsanleihe sabotiert wird,  
liegen einmal beim sogenannten „Stichtag“ und dann im  
Wahlstabe, nach dem die Zwangsanleihe auferlegt wird.  
Je besser die Papiermark steht, desto weniger braucht ge-  
zahlt zu werden, desto weniger braucht aber auch das Reich

für Devisen und Getreide. Deshalb können wir uns nicht mit einem Stichtage abfinden lassen. Da schnell Geld geschafft werden muß, schlagen wir vor:

Zum 1. April werden, gemäß dem Goldmarkkurse vom 15. März bis 1. April zunächst etwa 300 Millionen Goldmark in Papiermark umgerechnet und diesmal von den Zahlungspflichtigen des Reichsnotopfers alsbald eingezogen. Diese erhalten dafür die Stücke der Zwangsanleihe.

Am 1. Juli und 1. Oktober werden je weitere 300 Millionen Goldmark eingezogen, am 1. Januar 1923 die restlichen 100 Millionen Goldmark, immer nach den Kursen um die betreffende Zeit und nach einem neuen Umlageverfahren.

Im Reichsfinanzministerium scheint man sich nämlich mit der Absicht zu tragen, entweder die Veranlagung nach dem Reichsnotopfer überhaupt zu machen, oder aber die Einziehung zu vertagen, bis die neue Veranlagung der Vermögen nach der Reichsvermögenssteuer erfolgt ist. Praktisch bedeutet das bei der schonenden Art, mit der unsere Finanzämter vorgehen — nicht beim Lohnabzug, aber um so mehr gegenüber dem Besitz —, Vertagung auf den Sanktimmerfesttag. Das werden wir auf keinen Fall dulden können. Vielmehr müssen wir verlangen, daß der am meisten leistungsfähige und am wenigsten fluchtfähige Besitz, nämlich derjenige der Sachwerte, zur Tragung dieser Lasten nach der Erfassung der Notopferpflichtigen in erster Linie mitwirkt. Er hat sich bereit erklärt, selbst die Ausbringungsgrundsätze aufzustellen. Säumt er jetzt, so wird der Reichswirtschaftsrat zu beauftragen sein, schleunigst das Umlageverfahren auszuarbeiten. Die Einziehung bei diesen leistungsfähigsten der Wirtschaft wird dann wohl durchführbar sein.

Freilich, dazu bedarf es wohl auch einiger persönlicher Garantien. Die Volkspartei sucht sie in zwei Richtungen. Zunächst sollen nach ihrem Wunsch zwei Minister über die Klinge springen, von denen einer einst im „Kabinet der Fachminister“ — man erinnert sich doch noch des Fehrenbachschen Fachministerkabinetts — unter brausendem Beifall der Rechten als unübertrefflicher Fachkennner hereingeholt wurde. Jetzt hat der Mann der Privatisierung der Verkehrsanstalten aus guten Gründen widersprochen, und nun heult der Chor: Kreuziget ihn! Dann möchten sie gern auch im Wirtschaftsministerium „nichtsozialistische Politik“ was ist doch der Gegensatz zu sozialistischer Politik? Kapitalistisch-plutokratische Politik. Noch haben sie keinen Papierpfennig bezahlt, aber durch Sturz der Persönlichkeiten, die doch einst auch ihrem Kabinet der Fachminister gedient — freilich nicht so kapitalistisch, wie manche es gern gesehen hätten —, wollen sie die Goldmilliarde doppelt und dreifach wieder hereinholen: „Freie“ Kohlenpreise, „freie“ Eisenpreise, freie Ausfuhr mit entsprechender Kapitalverschöpfung, das sind die Ziele, die sie mit den seltsamen „persönlichen Garantien“ verfolgen.

Wir dagegen suchen die „persönlichen Garantien“ an anderer Stelle.

Die Zwangsanleihe kann nur im Reichsfinanzministerium durchgeführt werden. In diesem Ministerium herrscht restlos die Reaktion, und sie hat innen- und außenpolitisch die bedenklichsten „Erfolge“ gehabt. Verbleibt die Durchführung der Zwangsanleihe und ihre Verwaltung in den jetzigen Händen, so wandelt sich in ihnen der einzige Erfolg der Linken bei dem bitterstschweren Steuertompromiß vielleicht in Nichts, vielleicht ins Gegenteil. Dem muß vorgebeugt werden. Es wird Aufgabe unserer Genossen im Parlament sein, hier Vorkehrungen zu treffen. Es darf nicht sein, daß Zweck und Sinn der Zwangsanleihe durch ihre schlechte Durchführung ebenso wirkungslos verpuffen wie andere Besteuerungen, die durch die Notensprelle und die breite Masse abgewälzt wurden.

Neue Reichstagsvorlagen. Die neue Schlichtungsordnung, der Entwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und die Vorlage über die Hebersteuerzuschläge für Beamte gehen dem Reichstage demnächst an.

## Der Zweck der Kunst.

Alle Berufe, die der Mensch heutzutage ergreifen und ausüben kann, dienen mit einer einzigen Ausnahme nämlich, so mannigfaltig sie auch sind, dem einen Zweck: dem Fortschritt der Zivilisation. Mögen sie dem Handel, der Industrie, dem Staatsdienst angehören, ihr Ziel bleibt: das äußere Wohl des Menschen zu heben. Selbst die reinen Wissenschaften werden jetzt nicht mehr, wie bei den Griechen, um ihrer selbst willen gepflegt, sondern sie haben sich in den Dienst der Praxis zu stellen und werden in der Hauptfrage ihrer Nützlichkeit wegen gefördert.

Das einzige Gebiet der menschlichen Tätigkeit, das nichts mit der Zivilisation zu tun hat, ist die Kunst. Ihr ausschließlicher Zweck ist die Pflege der Kultur. Wir können ohne Kunst leben. Wir werden bei ihrem Verschwinden kaum eine Bequemlichkeit vermissen. Wir werden auch ohne sie alles besitzen, was wir zur Befriedigung unseres äußeren Lebens brauchen. Aber innerlich werden wir leer sein. Wir werden Barbaren sein. Alle Wissenschaften, Gewerbe und Berufe können uns höchstens zu zivilisierten Barbaren machen. Die Kultur, den immateriellen Besitz des Menschen, das vertiefte Leben der Empfindungen und Gefühle vermittelt uns allein die Kunst.

Das menschliche Leben an sich ist mit wenigen Ausnahmen so arm, so nahe dem Tierleben, daß wir ohne die Kunst nur wenig verschieden vom Vieh vegetieren würden. Sie allein weckt in uns den Durst nach dem Schönen, nach dem Vollkommenen, wobei unter schön nicht etwa ebenmäßig und unter vollkommen nicht abgeklärt verstanden werden soll, sondern beide Begriffe als Symbole für etwas Nicht-Mittelmäßiges, etwas Ubergewöhnliches, aus der großen Menge der Erscheinungen herausragendes aufzufassen sind. Durch das Erwecken dieser Sehnsucht verleiht die Kunst unser Leben. Sie verleiht uns unsere Gefühle, sie bereichert unsere Empfindungen, sie verschafft uns schöne Erlebnisse und erhabene Stunden, die einem kunstfremden Menschen völlig fremd bleiben. Kurz: sie macht uns zu Kulturmenschen. Die Freude am treffenden Wort, am schönen Satz, am tiefen Gedanken, an der Schönheit der Linie, am Zusammenklang der Farben, an der Harmonie der Töne, das sind große Bereicherungen, die zur Veredelung der Menschheit beitragen. Und das ist der Zweck der Kunst: durch das Schaffen neuer vertiefter Erlebnisse den Menschen größer, aufnahmefähiger, vollkommener zu machen.

M. Ch.

Der letzte Gotthardpostillon, Peter Pyrer, ist kürzlich im Alter von 85 Jahren in Hilsen gestorben. Jahrzehntlang hatte er — wie die „Kölnische Zeitung“ berichtet — den gelben fünfspannigen Postwagen über den Gotthard geführt. Was waren das für Zeiten, bevor 1882 die Bahn eröffnet wurde! Welch interessantes Leben herrschte da auf dieser Nord und Süd verbindenden berühm-

## Jammer der Deutschen Volkspartei.

Herr Rippler, der kultivierte Herausgeber der „Zeit“, hatte sich seine Ausgabe offenbar anders vorgestellt, als er es übernahm, das neue Organ der Volkspartei zu leiten. Jetzt ist infolge des Schrecks, den er erlitten hat, seine Redaktion etwas in Verwirrung geraten, und so kann man in der „Zeit“ stilsittliche Leistungen wie diese lesen:

Das „B. L.“ verkündet, daß der „kommunistisch-deutschnationalistische Anschlag gegen die Regierung, gegen die kaum wiederhergestellte Ruhe, gegen die auswärtigen Interessen der Nation“ mißglückt sei, und schließt mit der Aufforderung zu einer Maßregelung gleich den streikenden Lokomotivführern. (? Red. d. „Borm.“) In „Vorwärts“ vollends wird ein lobender, aber unbegabter Höllein mit nur noch spärlichen Rudimenten ehemaliger Schulbildung gegen die Volkspartei losgelassen, um ihr in einer Tonart, die die „Rote Fahne“ vor Reid erlassen lassen muß, ihre politische Verworfenheit vorzutun. Daß dabei wieder zum hundertsten Male die hundertmal widerlegte Lüge, daß sich die Volkspartei zur Koalition dränge, aufgewärmt wird, kann ebenso wenig wunder nehmen, als daß das „B. L.“ z. B. die Tatsache, daß seine eigenen Leute zusammen mit dem Zentrum die Koalition immer wieder gefordert und auch zu den letzten Besprechungen eingeladen haben, weiter verschweigt.

Der begabte Höllein der „Zeit“ erklärt dann weiter:

Eine Erörterung eines solchen Zusammenschlusses in der nächsten Zeit (nämlich zur „großen Koalition“, Red. d. Borm.) haben wir ausdrücklich abgelehnt, was unterschlagen wird.

Wir bitten die „Zeit“, einmal wörtlich zu zitieren, was „unterschlagen“ worden sein soll. Tatsächlich hat sie sofort wieder, nachdem der Anschlag auf die Regierung mißglückt war, treu und bieder ihre Beteiligung an der „großen Koalition“ offeriert. Doch wer will ihr das Verlegenheitsgerede übel nehmen? Sie tut, was sie kann! Und das journalistische Genie, das insonde wäre, eine Partei, nachdem sie sich selber so hineingelegt hat, wieder herauszulügen, muß erst geboren werden.

## Die gelbe Schutztruppe.

Ein überaus bezeichnendes Schreiben ist die „Freiheit“ wiedergegeben in der Loge. Es ist bürgerlichen Zeitungsredaktionen zugefickt worden und stammt von der Zentrale der gelben sogenannten „Berufsverbände“. Hier ist es:

Berlin, den 15. Februar 1922.

Sehr geehrte Hauptabteilung!

Wir bitten dringend, vom Donnerstag morgen ab jegliche Betrachtung über den Beamtenstreik mehr gegen die drei Epligen-gewerkschaften als gegen die eine reine, vorwiegend bürgerliche Beamtenorganisation darstellende Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter umzustellen.

Wie der anliegende in der „Täglichen Rundschau“ erschienene Aufsatz unseres Vorsitzenden, des Reichstagsabgeordneten Geisler, zeigt, sind die Mitglieder der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter überwiegend bürgerlich gesinnt und das Opfer einer zwangsläufigen Entwicklung, welche die Regierung und ihre drei Gewerkschaftsgruppenverbände verschuldet haben, geworden. Um die Beamten vor dem Abmarsch in das linkspolitische Lager zu bewahren und sie von ihrer derzeitigen rabulischen Zeitung befreien zu können, muß u. E. die nationale Presse die Beamten von jetzt ab schonend behandeln. (Sonst bleibt die Faust der Linken an der Gurgel des Staates.)

Unser Bestreben wird es sein, die Reichseisenbahnbeamten für den Verzicht auf das Streikrecht und für das Festhalten an den Rechtspartien zu gewinnen.

Wir bitten die verehrliche Hauptabteilung, uns in diesem Bestreben durch freundliche Beachtung vorstehender Winke gütigst zu unterstützen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Nationalverband Deutscher Berufsverbände.

Die ganze Hoffnung der reaktionären Parteien ist auf die Wiedergewinnung jener Beamten sichten gerichtet, die

sich während des Krieges und in der Folgezeit von ihnen abgewandt haben. Auf den Zustrom aus Arbeiterkreisen, den sie früher mit allen Mitteln zu erzielen strebten, haben sie offensichtlich verzichtet und die gelben Gewerkschaften, in deren Namen das zitierte Schreiben an die bürgerliche Presse gerichtet wurde, führen bisher ein für die Unternehmer zwar sozialspieliges, aber deshalb doch höchst überflüssiges Dasein. Der Vorstoß in die Reihen der Beamten, die zunächst von den reaktionären Parteien wegen des Streiks aufs äußerste beschimpft wurden, kennzeichnet aber die Absichten eben dieser Parteien. Die „Deutsche Zeitung“ ist bereits gestern Abend dem zarten Winke der Gelben gefolgt. Sie versichert in einem spaltenlangen Artikel, daß die „inneren Zusammenhänge“ des Eisenbahnbeamtenstreiks der Öffentlichkeit nicht genügend bekannt seien. Deswegen holt sie das Versäumte nach und teilt mit:

Über den Charakter der Reichsgewerkschaft ist zu sagen, daß sie eine reine Beamtenvereinigung darstellt. Ihre Mitglieder sind größtenteils Anhänger der bürgerlichen Parteien, welche sich aus Abscheu vor sozialistischer Gleichmacherei ihre eigene Beamtenvereinigung geschaffen haben. . . . Es sind hier nicht die Früchte sozialistischer Verheerungsarbeit gewesen, welche der großen „Reichsgewerkschaft“ das Verantwortungsgefühl für das öffentliche Wohl genommen haben.

Wenn man der „Deutschen Zeitung“ also Glauben schenken darf, so stellt sich die Sache so dar, daß nicht die kleinere Zahl der sozialistischen Mitglieder der Reichsgewerkschaft zum Streik getrieben hat, sondern daß sie umgekehrt von den überwiegend bürgerlichen Elementen dieser Gewerkschaft zum Streik gegen die Republik gedrängt worden seien. Das entspricht ganz dem, was ein bekanntes Gewerkschaftsblatt, „Der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“, kürzlich über den Eisenbahnbeamtenstreik unter dem bezeichnenden Titel „Prätorianer der Reaktion“ schrieb. Der „Korrespondent“ sagt, die Reichsgewerkschaft habe deshalb jede Verbindung mit den anderen Gewerkschaften abgelehnt, weil sie auch andere politische Ziele verfolgte. Das Blatt wird aber noch deutlicher, indem es ausführt:

Hinter dieser Bewegung der Reichsgewerkschaft, die sozusagen nur den Auftakt zu jener großen Bewegung bedeutet, die von führenden Kreisen und Personen der deutschen Großkapitalisten schon im vergangenen Jahre im Monat März dieses Jahres angekündigt wurde, wo es sich zeigen werde, wer in Deutschland das Heft in die Hände bekomme, da stecken die Drahtzieher der Ludendorffer und der Sinnes-Beutel. Noch sind die Karten, die diesen Rechtsputz verdecken sollen, nicht alle klar zu sehen. Die große Masse der deutschen Lokomotivführer und der sonstigen Mitglieder der Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahner hat keine Ahnung davon, zu welchem Verrat am deutschen Volke sie mißbraucht werden sollten. Sie mögen aber einmal die in ihrer Reichsgewerkschaft befindlichen ehemaligen Offiziere etwas näher ins Auge fassen, da werden sie Beobachtungen machen können, die ihnen sofort die Augen öffnen werden. Hier in Leipzig sind in dieser Richtung schon ganz eigenartige Vorkommnisse zu verzeichnen. Noch liegen die Fäden dieser Beziehungen hinter den Kulissen der Reichsgewerkschaft nicht klar genug zutage, und die bürgerliche Presse wird sich halten, diese Fäden zu verfolgen. Die geheimen reaktionären Verbindungen sind zu raffiniert angelegt, um sie restlos zu fassen und zu brandmarken. . . . Nur volkswirtschaftlich und politisch unklare Köpfe können dieser reaktionären Eifersücherei noch Sympathie entgegenbringen. Sie stellt eine der raffiniertesten Missetaten gegen die gesamte deutsche Arbeiterschaft dar, das je in der Geschichte des deutschen Volkes zu verzeichnen war.

Diese Andeutungen finden durch das Eingreifen der Gelben jetzt einigermaßen ihre offizielle Bestätigung. Man wolle die Beamten verärgert machen durch das voraussetzende Mißlingen ihres Streiks und sie dann ins reaktionäre Fahrwasser hinüberziehen. Augenscheinlich aber hat die Regie nicht richtig geklappt, denn noch während des Streiks fleht die „Deutschnationale Partei“ in Berlin ein

ten Alpenstraße! Wer es noch gesehen hat, wird nicht müde davon zu erzählen, und auch Porer tat es gern hinter einem guten Schoppen. Der geschäftlich denkwürdige, aber heute so verödet und einsam daliegende Gebirgspfad sah damals einen außerordentlich regen Verkehr. Das war ein ständiges Hinüber- und Herüberziehen. In erster Linie natürlich Geschäfts- und Kaufleute, ursprünglich — während des ganzen Mittelalters und noch Jahrhunderte nachher — in endlosen Sammlertoraxen, die oft die ganze Breite des Weges einnahmen, später, nachdem 1830 der Bau der Fahrstraße vollendet war, mit hochgehenden, von hellem Segelzug übermalteten und von schweren, fuhrenbehangenen Fuhrmannsgäulen gezogenen Frostkarren. Dann Händler und Ansichte mit für den Buganeseer Markt bestimmten Viehherden, ferner Öl- und Postkutschen, herrschaftliche Reisemagen, Reiter hoch zu Ross, biedere Handwerker, Geisliche und Mönche, Künstler und Gelehrte, kurz, es war ein ewiges Kommen und Gehen, das in seiner Vielgestaltigkeit einer gewissen Romantik nicht entbehrte. Geradezu dramatisch spielte sich die Szene ab, wenn man einmal zwei oder drei mehrere solcher Gruppen zufällig aufeinanderprallen, wenn z. B. bei einer der zahlreichen Begegnungen ein in rocher Fahrt daherkommender Elwagen plötzlich in eine Rinderherde hineinfuhr. Dann wollte der Staub in dichten Wolken aufstehen und Schimpfen, perlmützig mit Gelächter und Angstrufen, Pöbelknechten und Hundegeschell ertönen von allen Seiten. Dazwischen durch Rufe und Befehle der fremden Reisenden in den verschwiegenen Sprachen. Nur einer pflegte unter solchen sammlerlären Umständen seine Ruhe und Selbstgeheimnis nicht zu verlieren, und das war unser braver Postkutscher. Vom hohen Bod überhoh er das Schlachtfeld und behielt die Fügeln fest in der Hand, um dann, wenn der Konflikt endlich seine Lösung gefunden, in verschärftem Trab die verärrte Reih wieder einzuholen.

Ganz anders, oft weit gefährlicher gestaltete sich der Verkehr im Winter, wenn er mit Hilfe von Schlitten bewältigt werden mußte und sich wider entwideten, Nie lebhaft an Nordpolregionen erinnerten. Auch heute noch bietet die Gotthardstraße in mancherlei Hinsicht so viel des Interessanten, daß man immer wieder gern über die Teufelsbrücke zum Holzj hinausfährt, um dann durchs Val Tremola, durch das Tal, wo man das Jittern lernen kann, zum Telfin hinauszumarschieren. Wenn der Weg, wie gesat, jetzt nur nicht gar so einlarm wäre, was heute nicht nach jedermanns Geschmack ist! Doch dem soll nun im kommenden Sommer durch reaktionäre Poststromanöverbindung abgeholfen werden. Privatautos werden sicher folgen, so daß vielleicht in späteren Jahren jene lebensvollen Szenen, von denen uns der alte Porer so häufig zu erzählen wußte, nur in anderer Weise, noch einmal eine Fortsetzung erfahren werden.

Ein indianisches Totenmaskenwerk in Dresden. Ein Kunstwerk von besonderer Seltenheit ist, wie Paul Sorgenfrei im „Kunstwandler“ mitteilt, in den Besitz des Museums für Völkerkunde zu Dresden gelangt. Es ist eine sogenannte Tschilkabdele, die aus dem Nordwesten Amerikas stammt und den berühmtesten asiatischen Kunstwerken an die Seite gestellt werden kann. Die Kisten-indianer stellen aus der feinen weißen Wolle der Schneeziege, die sich in den Felsengebirgen des nordwestlichen Amerika fand, durch

einfaches Rollen mit der Hand Fäden her, die dann durch Pflanzen-saft schwarz, blaugrün und gelb gefärbt und mit der Hand zu teppich-artigen Geweben verknüpft wurden. Diese Tschilkabdele ist ein neuer Beweis dafür, daß sich die Ausbildung der textilen Kunst bei sonst nicht gerade auf hoher Kulturstufe stehenden Völkern zu höchster Vollendung steigert. Die Decke diente als Umhang den Hauptlingen und Schamanen bei Tanzfesten. Nur wenige europäische Museen sind im Besitz derartiger Decken, die von allergrößter Seltenheit sind. Die Decke, die jetzt in das Dresdener Museum gekommen ist, erscheint trotz ihres Alters wie neu, was auf die äußerst sorgfältige Behandlung und Verwahrung zurückzuführen ist, die die Indianer solchen Decken zuteil werden ließen. Das Muster stellt eine heraldische Stillierung der Menschen- und Tiergestalt dar und weist neben der grauen Naturfarbe des Wollgewebes schwarz, blaugrün und gelbe Färbung auf, wobei die schwarze Farbe als breite Umrandung besonders hervortritt. Eigentümlich ist das auf der ganzen etwa 1 1/2 Meter breiten Decke wiederkehrende Auge, das in verschiedenen Formen als Motiv dargestellt ist und als Symbol der Wachsamkeit gegen böse Dämonen eine gewisse talismanartige Bedeutung besitzt.

Das Filmarchiv des Reichswirtschaftsmuseums. Von dem Reichswirtschaftsmuseum in Leipzig hat die Industriefilmgesellschaft Berlin einen sehr interessanten Film ausgenommen. Die sehr schwierige Aufgabe ist dadurch gelöst worden, daß das Institut in einzelne Abteilungen zerlegt in Buchform dem Beschauer vor Augen geführt wird. Dadurch wirkt der an sich spröde Stoff anregend und belehrend und gibt nicht nur einen ausgezeichneten Einblick in den Aufbau des Instituts und die Art der Darstellung, sondern auch einen recht anschaulichen Ueberblick über die verschiedenen Wirtschaftsbereiche der deutschen Volkswirtschaft. Gleichzeitig hat das Reichswirtschaftsmuseum sich ein eigenes Filmarchiv angeeignet. Es sind ihm von führenden Firmen der deutschen Industrie Filme hierfür gestiftet worden. Dadurch ist das Institut in die Lage versetzt worden, nicht nur in Leipzig, sondern auch in weiteren Teilen Deutschlands volkswirtschaftliche Vorträge an der Hand und unter Benutzung von Filmen halten zu lassen. Die Lichtbilderammlung des Reichswirtschaftsmuseums erfreut sich ebenfalls lebhafter Unterstützung.

Julius Maria Becker's „Recht's Bericht“, das am Sonntag vor-mittag im Reuen Volkstheater zur ersten Aufführung gelangt, wird hier in einer Per Lufthausgabe gegenüber veränderten Fassungen gespielt. Die Hauptrollen sind mit Paul Süß, Karl Ludwig Wajag und Leonore Ehn besetzt.

Konzert-Verlegung. Der VII. Kreis-Kammermusikabend, der Arnold Schönbergs Streichquartett Nr. II, Fis-Moll bringt, ist auf den 22. Februar, 7 1/2 Uhr, im „Sturm“ verlegt. — Das 8. Sinfoniekonzert des Deutschen Opernhaus-Orchesters ist wegen des am 18. Februar stattfindenden Wohltätigkeitsfestes auf Sonntag, den 26. Februar verlegt.

Die Leitung der Philharmonischen Konzerte. Das 7. Philharmonische Konzert wird Felix Weingartner leiten. Zur Leitung der folgenden 3 Konzerte sind Fritz Busch, Werner Wolff und Bruno Walter in Aussicht genommen.

Flugblatt verbreiten, in dem über den Beamtenstreik folgendermaßen losgezogen wird:

Dabei handelt es sich gar nicht um berechtigte Lohnforderungen, sondern um einen verbrecherischen wilden Streik, der nichts anderes als rein machtpolitische Ziele einer inkontinentalen Minderheit verfolgt. Ist das nicht tatsächlich die Diktatur des Protektors, die, nach russischem Muster über Beiden gehend, ganze Völker zugrunde richtet?

Selbstverständlich, daß dann auch gegen die Regierung scharf gemacht wird, weil sie die Beamtenbewegung nicht vollends niederschlägt...

Es handelt sich also um ein Spiel mit verteilten Rollen. Dem Bürgertum gegenüber schimpft man auf die „radikalisierten Beamten“, und den verärgerten Beamten versucht man den Glauben beizubringen, daß nur in den Parteien der Reaktionäre ihr Heil zu finden sei. Wieviele von den noch hauptsächlich in lügerischen Vorstellungskreisen befangenen Beamten auf diese Leimrute kriechen werden, muß abgewartet werden.

## Die Verhandlungen der Reichsgewerkschaft.

Ueber die Tagung des erweiterten Vorstandes der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten berichtet die P.S.-Korrespondenz, daß es gestern noch nicht zu einer klaren Entscheidung gekommen sei. Die Gegenstände zwischen der wirtschaftsfriedlichen und der radikalsten Richtung innerhalb der Reichsgewerkschaft hätten sich erheblich verschärft. Die gestrigen Beratungen waren dadurch beeinflusst, daß der größte Teil der etwa 150 Mitglieder des erweiterten Vorstandes eine disziplinarische Bestrafung zu erwarten hat, weshalb die Erörterungen sich mehr um diesen Punkt als um die Gesamtbewegung drehten. Der Verbandsvorsitzende habe ein mehrstündiges Referat über den Streik und die Haltung des Aktionsausschusses beim Abbruch der Bewegung erstattet.

Die Reichsgewerkschaft habe, so erklärte der Redner, keinen Fußbreit nachgegeben, sondern auf der Höhe ihrer Kraft den Streik abgebrochen, um zu verhindern, daß die Kommunisten die Bewegung zu ihren Gunsten ausnützen. Die Reichsgewerkschaft habe den Streik nicht abgebrochen, sondern nur unterbrochen, um der Regierung eine Atempause zu gewähren. Die andere Partei wandte sich gegen diese Ausführungen des ersten Vorsitzenden und erklärte, daß derartige Ausführungen nur als Phrasen bezeichnet werden könnten. Wenn die Streikleitung wirklich noch auf der Höhe ihrer Macht gewesen wäre, so hätte sie niemals dulden dürfen, daß die Regierung überhaupt Maßnahmen vornehme. In der Streikleitung seien Wirrkröpfe und vor allem eine Anzahl Personen, die den Streik, der ursprünglich wirtschaftliche Tendenzen hatte, auf das politische Geleis zu schieben bemüht waren. In der Öffentlichkeit seien unvorsichtige Behauptungen aufgestellt worden, die von einer Verbindung mit der Kommunistischen Partei gesprochen hätten. Man könne vom Reichsverkehrsminister unmöglich verlangen, daß er jetzt die Disziplinierungen, die bereits eingeleitet seien, rückgängig mache. Eine solche Maßnahme würde die Autorität der Regierung untergraben, sie würde die leitenden Beamten in den Direktionsbezirken ebenso wie den Minister selbst unmöglich machen. Wenn die Regierung in diesem Punkt nachgibt, so bedeutet das nichts anderes als eine Verbeugung vor der Straße.

Diese Ausführungen führten zu außerordentlich heftigen Auseinandersetzungen auf beiden Seiten und teilweise zu einer persönlichen Spitzung der Debatte. Die Anhänger der radikalsten Richtung erklärten wiederholt, daß der Eisenbahnstreik lediglich eine Machfrage gemorden sei und daß aus diesem Grunde die Beamten von neuem in den Zustand treten müßten, um die Zurücknahme der vom Kabinett aufgestellten Richtlinien und der Disziplinarverfahren von dem Minister Groener zu erzwingen. Die von der Regierung jetzt beschlossenen Maßnahmen seien die des alten Obrigkeitsstaates, der die Beamten stets zu entreden getrachtet habe. Besonders die Vertreter aus dem Industriekreise, aus Frankfurt a. M. und Breslau, setzten sich sehr lebhaft für eine Wiederaufnahme des Ausstandes ein.

Um 1 Uhr nachts wurden die Verhandlungen abgebrochen, da nach etwa 20 Rednern auf der Liste standen. Die Besprechungen sind dann heute vormittag um 10 Uhr wieder aufgenommen und mit gleicher Schärfe weitergeführt worden. Man nimmt an, daß erst heute in den Abendstunden eine Entscheidung fallen wird.

## Ein neuer Vorstoß der Rechten.

### Streichung des Wiederaufbauminsterialins.

Am Hauptauschuß des Reichstags wurde am Freitag der Etat des Reichsministeriums für Wiederaufbau behandelt. Abg. Dr. Reichardt (Dnkt.) beantragte die Streichung des Ministerpostens, ebenso Abg. Dauch (D. Sp.), Abg. Dr. Baumgärtel (Dem.) trat für einstweilige Beibehaltung ein. Einzelne Ministerposten würden aufzuheben sein, die Frage sei aber als hochpolitische im ganzen zu lösen und nicht willkürlich an dieser einzelnen Stelle. In demselben Sinne äußerte sich Abg. Müller-Franken (Sozialdemokrat).

Staatssekretär Dr. Müller (Reichsministerium für Wiederaufbau) hat die Frage der Beibehaltung des Ministerpostens nicht hier bei diesem Etat zu beraten, sondern bis auf die Beratung der Beibehaltung der verschiedenen Minister zurückzustellen. Der Redner gab dann einen allgemeinen Überblick über die Aufgaben des Reichsministeriums für Wiederaufbau und führte besonders aus, daß die Schaffung eines besonderen Wiederaufbauminsterialins nicht aus parteipolitischen Erwägungen erfolgt sei, sondern aus den rein sachlichen Erwägungen, daß eine ordnungsmäßige Durchführung des Friedensvertrags nur durch eine besondere Zentrale für diese besondere Aufgabe möglich sei. Er wies auf die schwerwiegenden politischen Rücksichten für die Beibehaltung dieses Ministeriums hin, die in der loyalen Durchführung des Friedensvertrags liegen, sowie auf den Eindruck, den eine Streichung des Ministeriums im Ausland machen würde. Sie würde leicht wieder als mangelnder guter Wille Deutschlands, seine Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage zu erfüllen, ausgelegt werden können.

Abg. Aldner (Z.) bedauert es vor allem aus außenpolitischen Gründen, daß ein Antrag gestellt werden konnte, der die Streichung des Ministerpostens für Wiederaufbau befürwortet. Unser Wille zur ernsthaften Reparationsleistung, der bei den Regierungsparteien durchaus vorhanden ist, wäre durch solche abwegigen Anträge vom Ausland in Zweifel gezogen werden. — Abg. Stücken (Soz.) schlug vor, daß eine kleine Kommission des Hauptauschusses die Frage prüfen solle, welche Stellen am 31. Dezember d. J. gestrichen werden könnten. Mittlerweile wäre die Regierung zu veranlassen, sich zu den Vorschlägen der Kommission mit ausführlichen sachlichen Begründungen zu äußern.

Der Chefredakteur der „Chicago Tribune“, Oberst Mac Cormick, ein Bruder des Senators, tritt in den nächsten Tagen in Berlin ein, um sich über die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands zu unterrichten.

## So ist die Valuta!

Der Inhaber eines Berliner Kleiderlagers sah auf einer Geschäftsreise in Paris einen sehr feinen Stoff und besorgte davon so viel als er verarbeiten zu können glaubte. Er stellte fest, daß sich der Stoff für einen Mantel auf etwa 300 Frank stelle. Ein Jahr später reiste sein französischer Geschäftsfreund nach Berlin, besuchte den Kunden und sah einen herrlichen Mantel, der aus diesem Stoff gefertigt war, mit starrer Seide gefüttert, vorzüglich gearbeitet und ihm wie angemessen passend. Als er sich nach dem Preis dieses Mantels erkundigte, erfuhr er zu seiner Ueberraschung, daß er 200 Frank koste. Der deutsche Kaufmann hatte im November 1920 300 Frank gleich 1200 M. bezahlt, hatte seine Arbeit und sonstige Materialien mit 3000 M. berechnet, verlangte nun im November 1921 4400 M., also nach dem damaligen Kursstande 200 Frank. Wenn der französische Kaufmann etwas von den Geheimnissen des Valutadrahs versteht und daher ein um so gläubigerer Anhänger Boincarés ist, so wird er auf den Gedanken kommen, daß die deutschen Kaufleute ihre Rohstoffe aus Bosheit im Auslande teuer einkaufen, sie mit anderen teureren Materialien in der vorzüglichsten Weise verarbeiten und diese Waren zu einem Preise loschlagen, der ihnen nicht einmal die Kosten der Rohstoffe ersetzt. Alles nur, um Bankrott anzugehen und die Reparationslasten nicht aufbringen zu müssen.

Ein Bankierbankier hatte mit seinem sehr kleinen Vermögen und dem viel größeren ihm anvertrauten Vermögen seiner Kunden sich in sehr gewagte Spekulationen auf Steigen des Dollars eingelassen. Zu seinem Unglück bewegte sich aber — es war im Herbst 1920 — der Dollar anstatt nach aufwärts nach abwärts. Das schöne Gebäude brachte zusammen, die vorhandenen Bestände wurden mit Beschlag belegt und der Bankier konnte in einer langen Untersuchungsdauer darüber nachdenken, wie er besser hätte spekulieren sollen. Da aber das Gericht sehr gründlich und infolge dessen langsam arbeitete, so dauerte es nicht lange und die im Gerichtsdepot wohlverwahrten Devisen begannen erst langsam, dann immer schneller zu steigen. Das Defizit verminderte sich, verminderte sich in einen Ueberschuß, und nachdem auf Antrag der Gläubiger — was wieder in ziemlich langsamem Tempo geschah — die Vermögensbestände liquidiert wurden und die Schulden beglichen waren, konnte der Bankrottierer von gestern erhobenen Hauptes und als Besitzer von mehreren Millionen das Gefängnis verlassen, da das Gericht — durch die saumselige Behandlung seines Falles — so glücklich für ihn spekuliert hatte.

## Die Nord-Süd-Bahn wird weitergebaut.

### Einstellung der Arbeiten an der Neuföhrner Strecke.

Die letzte Magistratsitzung hat sich mit der Frage der Einstellung der Bauarbeiten an der Nord-Süd-Bahn beschäftigt. Hierbei handelt es sich, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, nicht um die Arbeiten an der Stammstrecke, die zum weitestgehenden Teile bereits fertiggestellt ist, und die Linie von der Müller-Edel-Seebrücke, einschließlich des Abstellbahnhofs im Norden, bis zum Bahnhof Belle-Alliance-Platz, einschließlich der Gleisanlagen in der Belle-Alliance-Straße bis zur Teufelstraße, wo die Bahnstrecke zur Herstellung des Anschlusses an die Neuföhrner Bahnstrecken einen vorläufigen Abschluß erhalten soll. Diese Stammstrecke, die an eine Reihe von Unternehmern vergeben worden ist, soll nach dem bisherigen Plane fertiggestellt und in Betrieb genommen werden. Bei der Einstellung der Arbeiten am Bau der Nord-Süd-Bahn handelt es sich vielmehr um denjenigen Teil der Arbeiten, der vor einiger Zeit an der Strecke Hallesches Tor — Hermannplatz in Angriff genommen worden ist und der in städtischer Regie ausgeführt werden sollte. Diese als Fortbauarbeiten gedachten Bauten, die zur vermehrten Einstellung Arbeitsloser führen sollten, müssen nun zurückgestellt werden, weil hierfür keine Mittel verfügbar sind.

## Die „Postzentrale“ in der Kneipe.

Eine wohlgerichtete Werkstatt für Urkundenfälschungen wurde gestern von der Kriminalpolizei in der Brunnenstraße aufgefunden. Sie bildete eine Art Post-Rebenstelle neben der rechtmäßigen Poststelle, nur daß sie erheblich teurer war als diese. Dafür war allerdings auch ihr Geschäftsgang wieder viel einfacher. Ihr Inhaber war ein Schmiedespiegel aus Galizien, der Schere und Radel schon lange nicht mehr ansetzte, dagegen um so eifriger mit Feder und Stempel umging. Seine „Poststelle“ hatte Spiegel in der Grenadierstraße eingerichtet. Hier nahm er in einer Schantwirtschaft Bestellungen entgegen, um sie in seiner Behausung auszuführen. Auch die Ausbündigung der ausgefertigten Urkunden erfolgte in der Grenadierstraße. Spiegel lieferte alle nur gewünschten Papiere, die zu Aus- und Einreisegewerken erforderlich sind, Ständesamtsurkunden, Steuerbescheinigungen und auch die Pässe selbst. An der Hand hatte er eine Reihe von Schlegelern, die ihm die Leute, alles Porten und Galizier, zuführten. Die Preise waren ganz verschieden. So forderte er für einen deutschen Paß bis zu 6000 M., für einen Ausreisepaß nach Kongreßpolen und Galizien bis zu 3000 M. Eine Steuerbescheinigung des Finanzamtes beforderte er schon für 500 M. Bei der Hausdurchsichtigung in dem Kopfstich des Bettes nicht weniger als 10 Stempel von Ständesamtern usw. in Polen, der Ukraine usw. Die Borddrucke, die Spiegel zu benutzen pflegte, hatte eine ausfallend starkbusige Frau unter ihrer Kleidung verborgen.

## Tägliche Nodelunfälle in den Müggelbergen.

Die behördlicherseits mit Unterstützung von Sportvereinen angelegte große Nodelbahn in den Müggelbergen ist vor einigen Tagen der Benutzung entzogen worden, weil sie schon zu ausgefahren war. Die täglich in großen Scharen eintreffenden Schüler und Schülerinnen benutzen nun zum Nodeln allerlei schmale Ausflugswege, die ein zu großes Gefälle haben, fort mit Bäumen durchsetzt und für das Nodelvergnügen geradezu lebensgefährlich sind. Anwesende Lehrer erklären, keine Verantwortung mehr zu übernehmen, oder auch den Wagemut der Schülervorgänger nicht eindämmen zu können. Täglich kommen Unfallsfälle vor. Erst vorgestern mußte ein schwerverletzter Schüler ins Krankenhaus befördert werden. — Auf dem Kreuzberg hatte sich übrigens während der Frostperiode die Jugend, abseits von der von der Parkverwaltung und Stadt eingerichteten Nodelbahn, gleichfalls ihre eigene Bahn eingerichtet. Die Folgen waren sehr bedauerliche Beschädigungen an Rosen- und Bierstrauchern, deren Ertrag, falls er überhaupt möglich ist, mit ganz bedeutenden Kosten vernichtet sein wird. Es wäre eine Aufgabe der Sport- und Jugendvereine, durch Vertreter für Ordnung zu sorgen.

Neue Kohlenpreiserhöhung. Zur Verhütung von Stockungen in der Kohlenversorgung Berlins hat die Preussische Kohlenwirtschaftsstelle in den Werken als Berufsunfall in einem zwischen dem Berliner Kohlenhandel und dem Magistrat Berlin hinsichtlich der Preisfestlegung entstandenen Konflikt die Preise für Braunkohlenbriketts und Koks für das Gebiet der Gemeinde Berlin im Einvernehmen mit der Staatlichen Verteilungsstelle bis auf weiteres wie folgt festgesetzt: Für Braunkohlenbriketts ab Lager auf 22,45 M., frei Kessel auf 33,45 M., Koks auf 50,70 bzw. 51,70 M. Die Erhöhung ist infolge der mit Wirkung vom 1. d. M. eingetretenen Erhöhung der Produktionspreise und Bahnfrachten sowie der beim Handel im eigenen Betriebe durch gestiegene Betriebskosten, insbesondere Löhne usw., erforderlich geworden.

Adlershof. Niemand Cure Kinder für die Westliche Schule an In nächster Zeit haben die Schulanmeldungen für diejenigen Kinder stattzufinden, welche mit dem 1. April d. J. schulpflichtig werden. Von allen Genossen dürfen wir erwarten, daß sie ihre schulpflichtig werdenden Kinder der westlichen Schule unseres Ortes, die sich die drei sozialistischen Parteien unseres Ortes im Jahre 1920 unter Beteiligung vieler Hindernisse erkämpft haben, zuführen. Die Anmeldung für die westliche Schule in Adlershof muß am Dienstag, den 7. März, vorm. 11 Uhr, erfolgen. Nähere Auskunft über die Anmeldung erteilen jederzeit die Mitglieder des Elternbeirats der Schule.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ziemlich trübe und etwas neblig mit geringen Niederschlägen und mäßigen südlichen Winden. Temperatur wenig über Null.

## Sport.

Das neunte Berliner Sechstage-Rennen wird heute abend im Sportpalast seinen Anfang nehmen. Die Starterliste weist folgende dreizehn Mannschaften auf: von Richard Huchste (holländisch-Deutschland), B. Walthour-Hemmings (Amerikanisch-Holland), Senften-Ragnussen (Dänemark), Spencer-Koh (Amerika-Australien), Kaufmann-Hoffmann (Schweiz-Deutschland), Lorenz-Adberger (Deutschland), Galdow-Bauer (Deutschland), Stelbrink-Appelhaus (Deutschland), Gewanow-Wolff Huchste (Deutschland), Hahn-Oskar Tiez (Deutschland), Schrage-Pawke (Deutschland), Siabo-Kohl (Deutschland), Labowald-Padebusch (Deutschland). Wir werden über den Verlauf des langen Rennens berichten.

## Gewerkschaftsbewegung

### Unhaltbare Zustände.

Es ist der Öffentlichkeit längst bekannt, daß Angelegenheiten, die im privaten Leben im Handumdrehen erledigt werden, bei den Reichs- und Staatsbehörden oft einer monatelangen Bearbeitung bedürfen, bis die Sache geklärt ist. Die Amtsschimmel der verschiedenen Geheim- und sonstigen Ämter sind meist nur sehr schwer in Trab zu bringen, und man geht über den dreimal heiligen Bürokratismus in der Regel mit geringfügigem Vacheln hinweg, soweit es sich um Angelegenheiten untergeordneter Natur handelt. Anders wird die Sache dann, wenn es sich um das Wohl und Wehe Tausender von Arbeiterfamilien handelt.

Bekanntlich haben am 12. Januar die Spitzenorganisationen eine Bahnvereinbarung mit der Reichsregierung getroffen, wonach ab 1. Januar 1922 die Löhne der vollbeschäftigten Arbeiter um 75 Pf. pro Stunde erhöht werden sollen. Trotzdem der Reichstag die Mittel hierzu längst bewilligt und somit die Regierungsbehörden Zeit und Gelegenheit genug gehabt hätten, die hierzu nötigen Verfügungen zu erlassen, gehen uns heute noch täglich mehrere Schreiben aus allen Ecken Deutschlands zu mit Klagen der Arbeiter darüber, daß sie bis heute noch nicht in den Genuß dieser Lohnerhöhung gelangt sind. Diese Tatsache muß aber auf die Beteiligten noch um so unangenehmer wirken, als gleichzeitig festgestellt wird, daß die Beamten, die bei der gleichen Behörde tätig sind, ihre bewilligten Zulagen schon längst ausgezahlt bekommen haben. Bei aller Beachtung der in den einzelnen Behörden sich ergebenden Schwierigkeiten bezüglich der Berechnung der Löhne usw., müssen wir doch mit aller Entschiedenheit darauf drängen, daß hier Vorbilder geschaffen und für die Zukunft ein Weg gefunden werden muß, der es ermöglicht, nach Lohnvereinbarungen die Zulagen sofort den Arbeitern zugute kommen zu lassen. Um nicht falsch verstanden zu werden, wollen wir ganz besonders betonen, daß Schuld an diesem Zustande nicht etwa die zuständige Abteilung des Reichsfinanzministeriums trägt. Es ist uns sehr wohl bekannt, daß dieses die Erlasse so rasch wie möglich an die einzelnen Ministerien herauszugeben läßt. Aber der Widerstand liegt meistens bei den nachgeordneten Behörden und nicht zuletzt auch darin, daß die einzelnen Ministerien unter keinen Umständen von ihrer Selbstherrlichkeit etwas preisgeben wollen. Wir sind der Meinung, daß, nachdem das Reich dazu übergegangen ist, die Löhne zentral zu regeln, auch ein Weg gefunden werden muß, der die Möglichkeit schafft, von einer zentralen Instanz aus alle in Frage kommenden Behörden durch ein Rundschreiben von der Zahlungsberechtigung verbindlicher Lohnsätze in Kenntnis zu setzen. Nur, wenn seitens der maßgebenden Instanzen so verfahren wird, wird es den Spitzenorganisationen möglich sein, die Arbeiter zu beruhigen und das Vertrauen derselben zu ihrem Arbeitgeber zu festigen.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

### Einigung im Bäckergewerbe.

Der Verband der Bäcker und Konditoren (Ordnungsmäßigkeit Berlin) nahm am Donnerstagabend Stellung zu dem Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Der Bericht wurde von Schumann erstattet. Redner stellte zunächst fest, daß die bevorstehende, öffentlich bereits angekündigte Brotverwertung mit der Lohnbewegung der Arbeiter in den Bäckereibetrieben nichts zu tun habe. Diese Brotverwertung sei vielmehr auf die Forderungen zurückzuführen, die von den Vertretern der Entente auf der Konferenz in Cannes an Deutschland gestellt worden sind, die bedingen, daß aus den Mitteln des Reiches keine Zuschüsse mehr für die Brot- und Mehlbeschaffung gewährt werden dürfen. — Bei den Lohnverhandlungen mit dem Arbeitgeber sei nur vereinbart worden, daß die getroffenen Abmachungen nach dem Eintritt der Brotverwertung in Kraft treten sollen, vorausgesetzt, daß sie die Billigung der Mitglieder finden würden. Die von den Arbeitgebern nach langen Verhandlungen bewilligten Löhne sollen beitragen: in Kleinbäckereien für die Werkfühler 650, für die Knetler 630 und für die „Dritten“ 610 M. wöchentlich. In den Großbetrieben je 10 M. mehr. Verkäuferinnen sollen 1050 M. monatlich und Arbeiterinnen 375 M. wöchentlich erhalten. Bessere Bedingungen zu erreichen sei auf dem Verhandlungswege nicht möglich gewesen. An der Kollegenschaft liegt es nun, sich über Annahme oder Ablehnung zu entscheiden. Was mehr gefordert wurde, erscheine unter den derzeitigen Lebensverhältnissen völlig gerechtfertigt, ob es sich aber lohnen würde, das letzte gewerkschaftliche Mittel in Anwendung zu bringen, dürfte wohl zu verneinen sein. Immerhin habe man einen durchschnittlichen Lohnzuschlag von 150, 140 und 130 M. erreicht.

Bei der Abstimmung wurde das Abkommen mit großer Mehrheit angenommen. Ferner wurde beschlossen, den bis zum 25. April laufenden Rantetarif zu kündigen.

### Streik in der Metallindustrie Frankfurt a. M.?

Der Schiedsspruch für die Metallindustrie und die handwerklichen Betriebe ist sowohl von den Arbeitnehmern wie von den Arbeitgebern abgelehnt worden. Es sieht daher ein Streik bevor.

Gewerkschaftsartikel Nowawes. Die Bücher der Gewerkschaftsbibliothek werden fortan jeden Sonntag von 9 bis 11 Uhr vormittags bei Hinte, Wallstr. 55, ausgegeben. — Morgen nachmittag 3-4 Uhr Friedrich-Wertheimer-Platz Armenbesetzung der Genossin Hinte. Um rege Beteiligung ersucht der Kartellauschuß.

Verzeichnis für den redbell. Welt: Franz Müller, Berlin-Wilmersdorf; für Anzeigen: Th. Glöde, Berlin. Verlag Formschütz, Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2.

**Gold-, Silber-, Platin-Bruch**  
Zahngelbisse, Brillanten  
kauft zu höchsten Tagespreisen  
**Bick** Invalldenstr. 144  
Andreasstraße 37

**Hosen! Hosen!**  
Militärhosen . . . 98.— 125.— 148.—  
Arbeits-hosen . . . 68.— 98.— 138.—  
Gestrelte Hosen . . . 88.— 118.— 148.—  
dito Ersatz f. Maß 198.— 268.— 328.—  
Spezialität: Bauchhosen.  
Manchester- u. englische Lederhosen  
München-Gladbacher Hosen-Zentrale  
NW. 87, Beusselstr. 39 (Blauer Laden)  
Fabriziervergütung

HELENE SIMON  
**Wohlfahrtspflege**  
2,50 Mark  
Buchhandlung Vorwärts  
SW 68, Lindenstraße 2

# Leineweber

Berlin, Köllnischer Fischmarkt 4-6

## Einsegnungs-Anzüge

Fertig am Lager:

Blau Cheviot 1- u. 2reih. Form M. 690.—	Blau Melton-Cheviot 2reihige Form M. 1150.—
Marengo Cheviot 1- u. 2reihige Form. . . . M. 810.—	Blau Cheviot 1reihige Form M. 1300.—
Blau Cheviot 1reihige Form . M. 980.—	Blau Kammg.-Twill 1reihige Form M. 1500.—

**Prüfungs-Anzüge** 1- u. 2reihige Form, in guten Qualitäten von M. 550.— an

**Knaben-Schul-Anzüge** in modernsten Formen mit Keulenhose  
**Kieler-, Jacken- u. Schlupf-Anzüge** sowie **Pyjacks u. Ulster**  
in grosser Auswahl am Lager

**Gold-, Silber-, Platin-Bruch Brillanten**  
Schmuckstücke, Ringe, Zahngelbisse usw.  
kaufen stets zu ganz besonders hohen Preisen  
**Gebr. Fuhrmann**  
Nollendorfstraße 39 1 Minute vom Nollendorfplatz

Willst du preiswert  
**Hosen**  
kaufen, mußt zu  
**Hosen-Anders**  
laufen.  
**A. Anders**  
Beusselstr. 25

**Möbel**  
aller Art  
kaufen Sie sehr vorteilhaft im  
Spezial-Möbelhaus  
**G. Camnitzer**  
Schönhauser Allee 82  
Ecke Wichertstraße  
a. Ringhlt. Schönhauser Allee  
100b-St. Nordring  
Auf Wunsch bequ. Teliz. blatt

**Zinn**  
Gold-, Silber-Bruch,  
**Quecksilber,**  
Blei, Kupfer, Platin  
usw.  
kauft zum Engrospreis  
Scharow, Lange Str. 35,  
am Schiffländ. Bahnh.

# Unsere Weiße Woche

dauert bis 25.d.M.

und bietet eine außerordentlich günstige Gelegenheit zu enorm billigen Einkäufen!

<p><b>Damenwäsche</b></p> <p>Damenhemden aus gutem Hemden-tuch 47<sup>50</sup></p> <p>Damenbeinkleider Koperbarh. Prieseform 39<sup>75</sup></p> <p>Damenbeinkleider mit br. Sticker. Knieform 44<sup>75</sup></p> <p>Damenunterröcke mit breitem Sticker-Volant 52<sup>50</sup></p> <p>Damenuntertaillen Madapolam mit reich. Stickerel 24<sup>75</sup></p> <p>Damenzierschürzen mit Trägern 21<sup>75</sup></p> <p><b>Gardinen</b></p> <p>Engl. Tüllgardinen Scheibenbreite Meter 9<sup>75</sup></p> <p>Scheibenschleier engl. Tüll . . . 5<sup>85</sup></p> <p>Künstlertgard. 2 Schals u. 1 Quer-behang Garolur 127<sup>50</sup></p> <p>Tüllbettdecken über 2 Betten 187<sup>50</sup></p> <p>Engl. Tülltischdecken Größe 130x140cm 16<sup>75</sup></p> <p>Erbstüllgardinen Fenster (2 Schals) 87<sup>50</sup></p>	<p><b>Bett- u. Hauswäsche</b></p> <p>Fertige Deckbettbezüge zum Knöpfen 138<sup>75</sup></p> <p>Fertige Kissenbezüge zum Knöpfen 37<sup>50</sup></p> <p>Fertige Deckbettbezüge prima Qualität 198<sup>75</sup></p> <p>Bettlaken ohne Naht, weisses Flanell-gewebe 87<sup>50</sup></p> <p>Handtücher Gerstenkorn, gestümt u. gebündert 25<sup>75</sup></p> <p>Handtücher Dreifachgewebe, gestümt u. gebündert. . . . 24<sup>50</sup></p> <p><b>Konfektion</b></p> <p>Batistblusen mit farbig. Garnierung 38<sup>75</sup></p> <p>Voile-Jumpers mit Streublumen bestickt . . . . . 98<sup>50</sup></p> <p>Frotteröcke mit Knopfgarnatur . . 125<sup>00</sup></p> <p>Batistkleider jugendliche Form . . 110<sup>00</sup></p> <p>Vollvoilekleider reich bestickt, Jumperform 450<sup>00</sup></p> <p>Kinderkleidchen gestümt. Voile, Größe 4 . . . . . 32<sup>00</sup></p>	<p><b>Wäschestoffe</b></p> <p>Hemdentuch 80 cm breit . . . . . 18<sup>75</sup></p> <p>Madapolam feinfädig, 80 cm breit . 22<sup>50</sup></p> <p>Bettsatin gestreift, 80 cm breit . . . 33<sup>50</sup></p> <p>Bettsatin gestreift, 130 cm breit . . . 53<sup>00</sup></p> <p>Bettkattun 80 cm breit . . . . . 22<sup>50</sup></p> <p>Haustuch kräftig. Gewebe, Lakenbreite 49<sup>50</sup></p> <p><b>Bedarfsartikel</b></p> <p>Sportkragen weich, für Herren . . 6<sup>50</sup></p> <p>Herren-Vorhemden weiß, gestreift, Weite 41-44 9<sup>75</sup></p> <p>Oberhemden gestr. Perkal m. Krag. u. Klapp-Manschetten 148<sup>75</sup></p> <p>Damen-Strümpfe weiß, engl. lang 8<sup>75</sup></p> <p>Taschentücher für Damen, weiß u. mit bunter Kante 3<sup>85</sup></p> <p>Knaben-Rodelmützen reine Wolle 27<sup>50</sup></p>	<p><b>Weißwaren</b></p> <p>Weißer Tüll 100 cm breit . . . . . 17<sup>50</sup></p> <p>Tüllvolants reich bestickt, 45 cm breit 27<sup>50</sup></p> <p>Tüllvolants extra reich bestickt, Bock-länge . . . . . 39<sup>75</sup></p> <p>Seidentüll elfenbein, 100 cm breit . . 26<sup>75</sup></p> <p>Wäschestickerei und Einnähen, bis 6 cm breit . . . . . 5<sup>85</sup></p> <p>Zwirnspitzen in verschiedenen Brei-ten . . . . . 2.45 2.45 1<sup>15</sup></p> <p><b>Handarbeiten</b></p> <p>Weißes Kissen 40x60 groß, gestickt. 24<sup>75</sup></p> <p>Weißes Läufer mit Spitze, gestickt 22<sup>75</sup></p> <p>Weißes Decken m. Einsätze u. Spitze, 55x55 groß . . . . . 24<sup>75</sup></p> <p>Hemdpassen gestickt, moderne Dessins . . . . . 13<sup>75</sup></p> <p>Untertaillen prima Wäschestoff, gestickt . . . . . 27<sup>50</sup></p> <p>Kinderkittel u. -Kleid. s. Anweisch. 82<sup>50</sup></p>
--	---	--	---

Einzelne und angestante Wäschegegenstände, Reste und Abschnitte von Wäschestoffen, Wollstoffen, Seide, Hemdentuchen, Handtüchern usw. zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

# Kaufhaus Singer & Co., Chausseest. 61-62

**Nach Litauen (Kowno)**  
Sucht große Kartonnagenfabrik tüchtigen Lithographen als Leiter für eine einzureichende Steindruckerei. Derselbe muß in Feder und Gravur perfekt sein und möglichst selbständig kleine Packungen entwerfen können. Die Stellung wird gut honoriert. Auskunft erteilt Rudolf Sienz & Co., G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstr. 16.

**Spezialarzt für Nerven-**  
leiden und nervöse Störungen jeder Art. Ausführl. Ausw. über langjährig be-standene Kur gegen Malaria. Sanitätsrat Dr. Weisses Heilmittel, Berlin 256, Potsdamer Str. 104, Sprechst. 11 3.

**Korsette**  
aus la Stoffen u. in all. Preislagen  
empfehl.  
**Korsett-Fabrik Rich. Necke**  
1. Gesch.: Berl. Karlsruh-Str. Tieskow-A llee 99  
2. B.-Lichteneg, Neue Bahnhofstr. 36  
3. Berl., Kommandantenstr. 23  
1248z Ecke Alte Jakobstraße

**Bruchbänder**  
ohne Feder, für Personen, die gegen Druck besonders empfindlich sind. Meine elastischen Bruchbänder entsprechen den höchsten Anforderungen fast in allen Fällen und sind das, was jeder Bruchleidende sucht.  
**L. I. GENTIL, BERLIN B 80, Potsdamer Str. 5**  
Spezialgeschäft für Bruchbänder  
Bequeme, abgetrennte Anlegeteile. Sorgfältigste Bedienung

**Gold-Silber-Bruch**  
Platin, Brillanten etc.  
allerhöchste Tagespreise!  
**G. Käferle, Juweller**  
Frankfurter Allee 276  
Nähe Ringbahnhof  
Fahrgehd wird vergütet!

**Altes Restehaus**  
Reste in Damen-Mantelstoff, Tuchen, Affenhaut, Covercoats, Home-spun, Kostümstoffe, Kammgarne, Gabardine, sehr billig. — Kleider-, Mantel- und Futter-Seiden in vielen Farben  
Reste in Anzug- und Paletotstoffen für Herren und Knaben  
**Gelegenheitskäufe** in modernen Mänteln, Kostümen und Röcken  
**Paul Karle**  
o 34, Warschauer Straße 79

# 2 Weiße Woche

Für diese beiden Tage bringen wir beispiellos billige Preise!

**Schlussstage**

**Freitag Sonnabend**

**LOEWENBERG & CO.**  
Swinemünder Straße 86 :: Ecke Lortzingstraße  
Straßenbahnverbindungen, Haltestelle Damminer Str.: 27, 40, III, G, 5, 8, 35, 36, 37, 41, 42, 99, 9, 13, 130 u. Ringbahnhof Gesundbrunnen

Weißes Kinderkittel mit Besatz . . Stück 19 <sup>50</sup>	Ungebleichter Futterbarchent . Meter 14 <sup>50</sup>	Glasteller Cob I noer . . . . . Stück 17 <sup>50</sup>
Weißes Damenbüse a. Wäscheballer Stück 69 <sup>00</sup>	Gerstei kornhandtücher . . . . . Meter 12 <sup>50</sup>	Blumenvasen Cob I noer . . . . . Stück 9 <sup>50</sup>
Weißes Teeschürzen reich garniert Stück 19 <sup>50</sup>	Wischtücher kariert . . . . . Stück 6 <sup>50</sup>	Wasserkaraffe mit Glas, glatt . . . . . Stück 6 <sup>95</sup>
Weißes Herrenhemden Koper, Nassel, ungebleicht . . . . . Stück 58 <sup>00</sup>	Kinder-Röckchen gestreift . . . . . Stück 9 <sup>50</sup>	Speisetablet Holz und Lack . . . . . Stück 1 <sup>65</sup>
Weißes Damenhandschuhe Reine Seide Paar . . . . . 16 <sup>75</sup>	Topflappen vergeschnitten in vielen Mustern . . . . . Stück 0.95	Fensterleder . . . . . Stück 6 <sup>50</sup>
Weißes Damen-Glace-Handschuhe Paar 39 <sup>50</sup>	Rückenkissen vergeschnitten . . . . . Stück 5 <sup>95</sup>	Kleiderbügel . . . . . Stück 1 <sup>25</sup>
Weißes Küchendecke abwuschbar, 60 100, St. 9 <sup>50</sup>	Reinleinen-Decken 60/60, mit Kehlbaum, St. 9 <sup>50</sup>	Kassetten 15 Ringe und Unschlitten, Kassette etwas beschliffen . . . . . Stück 3 <sup>50</sup>

**Weißes Wuchstuch-Tischdecke** 100 130 48<sup>00</sup> Stück  
**Bluse** aus Wäschelet, vergeschnitten für Baststickerel . . . . . Stück 29<sup>50</sup>  
**Briefmappen** 5 Ringe u. Umschläge, Billetterform . . . . . Stück 35 Pl.

**Wichtig für alle Leser des „Vorwärts“** Ausschneiden, aufbewahren!  
Erscheint nur einmal!  
Das einzig dastehende Werk (12. Auflage) mit 274 Naturabbildungen „Die Entstehung, Entwicklung und Geburt des Menschen“ für Studierende, Ärzte, Hebammen und wissenschaftliche Laien von Dr. J. Müller sen. unter Mitwirkung von Dr. M. Erbe, Dr. H. Foerg, Dr. H. Martin und Oberlehrer Dr. Weidbrod, ein Werk, wie es noch nicht gegeben wurde, unter vielen anderen einschlägigen: Bau des menschlichen Körpers, — Das weibliche Becken vor, während und nach der Schwangerschaft, — Geschlechtsleben des Weibes, — Geschlechtstrieb, — Befruchtung, — Fruchtumschlagheit des Mannes, — Unruchtbarkeit des Weibes, — Schwangerschaft, — Störungen derselben, — Empfängnisverhütung, — Verlauf der Geburt in den verschiedenen Stadien, — Wochenbett, — Säuglingspflege, — Rinderkrankheiten, — Wöchnerinnenpflege, — Scheidenspülungen, — Frauenkinder usw. gehört in jede Familie. Preis gebunden Mark 38.— netto.

**Bestellzettel.**  
G. Fröh, Magdeburg A. L. Bandstr. 1.  
Senden Sie das Buch „Die Entstehung des Menschen“ für RM. 38.— (Porto extra) unter Nachnahme: Name u. Stand: . . . . . Ort, Straße, Nr. . . . .